Deutscher Bundestag **Drucksache 14/9944**

14. Wahlperiode 11. 09. 2002

Antrag

der Abgeordneten Horst Seehofer, Peter Rauen, Günter Nooke, Michael Glos, Karl-Josef Laumann, Matthias Wissmann, Maria Eichhorn, Dirk Fischer (Hamburg), Ilse Aigner, Brigitte Baumeister, Renate Blank, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Dr. Wolfgang Bötsch, Klaus Brähmig, Georg Brunnhuber, Hubert Deittert, Albert Deß, Dr. Hansjürgen Doss, Rainer Eppelmann, Klaus Francke, Herbert Frankenhauser, Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen), Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Erich G. Fritz, Norbert Geis, Georg Girisch, Peter Götz, Dr. Wolfgang Götzer, Kurt-Dieter Grill, Manfred Grund, Gerda Hasselfeldt, Hansgeorg Hauser (Rednitzhembach), Manfred Heise, Ernst Hinsken, Klaus Hofbauer, Josef Hollerith, Siegfried Hornung, Dr.-Ing. Rainer Jork, Bartholomäus Kalb, Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Ulrich Klinkert, Norbert Königshofen, Hartmut Koschyk, Rudolf Kraus, Dr. Hermann Kues, Werner Kuhn, Peter Letzgus, Eduard Lintner, Julius Louven, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Wolfgang Meckelburg, Dr. Michael Meister, Hans Michelbach, Dr. Gerd Müller, Claudia Nolte, Franz Obermeier, Friedhelm Ost, Eduard Oswald, Norbert Otto (Erfurt), Dr. Peter Paziorek, Dr. Bernd Protzner, Hans Raidel, Dr. Peter Ramsauer, Christa Reichard (Dresden), Katherina Reiche, Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Franz-Xaver Romer, Dr. Klaus Rose, Kurt J. Rossmanith, Dr. Christian Ruck, Hartmut Schauerte, Heinz Schemken, Karl-Heinz Scherhag, Dr. Gerhard Scheu, Christian Schmidt (Fürth), Dr. Erika Schuchardt, Gerhard Schulz, Wilhelm Josef Sebastian, Marion Seib, Johannes Singhammer, Margarete Späte, Carl-Dieter Spranger, Dorothea Störr-Ritter, Andreas Storm, Max Straubinger, Matthäus Strebl, Dr. Hans-Peter Uhl, Dr. Theodor Waigel, Peter Weiß (Emmendingen), Gerald Weiß (Groß-Gerau), Dagmar Wöhrl, Aribert Wolf, Wolfgang Zeitlmann, Benno Zierer, Wolfgang Zöller und der Fraktion der CDU/CSU

Zeit für Taten – Offensive für mehr Beschäftigung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesregierung hat 1998 die Wirtschaft im Aufschwung und mit sinkender Arbeitslosenzahl übernommen. Sie hinterlässt Deutschland in einer wirtschaftlich Krise und mit steigender Arbeitslosigkeit. Deutschland hat im Wahljahr 2002 über vier Millionen Arbeitslose. Die Beschäftigung sinkt seit über einem Jahr. Gleichzeitig steigt die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit seit Dezember 2000. Deutschland ist Letzter in der EU beim Wirtschaftswachstum. Die öffentlichen Kassen sind durch eine falsche Politik so leer gewirtschaftet,

dass Bund, Länder und Gemeinden ihre Aufgaben kaum mehr erfüllen können. Kranken- und Rentenversicherung müssen dringend stabilisiert werden, denn im Jahr 2010 sind zwei von fünf Deutschen über 50 Jahre alt, im Jahr 2040 schon jeder Zweite. Und zwölf Jahre nach der Einheit geht die wachstums- und stabilitätsgefährdende Schere zwischen Ost und West immer weiter auseinander. Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland hat den höchsten Stand seit der Vereinigung erreicht. Rund 62 000 gemeldeten offenen Stellen stehen in Ostdeutschland fast 1,4 Millionen Arbeitslose gegenüber. Immer mehr Menschen kehren deshalb ihrer Heimat den Rücken.

Die Bundesregierung begründet diese negative Entwicklung mit dem Hinweis auf die weltweit schlechte Konjunkturlage. Dieses Argument ist nichts anderes als eine Ausrede. Andere EU-Länder haben in der gleichen Situation ihre Chancen weitaus besser genutzt, indem sie ihre nationale Wirtschaft erfolgreich von Bürokratie und Überreglementierung befreit und dadurch wesentlich wettbewerbsfähiger gemacht haben. Diese notwendigen Reformen ist die Bundesregierung unserem Land nicht nur schuldig geblieben; sie hat vielmehr durch eine Fülle neuer unnötiger Regelungen den Prozess der bürokratischen Verkrustung Deutschlands noch beschleunigt. Vier Millionen offiziell registrierte Arbeitslose sind die Quittung für eine hausgemachte verfehlte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und nicht unausweichliche Folge globaler Konjunktureinflüsse.

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt sagte dazu: „Arbeitslosigkeit hat nichts mit Globalisierung zu tun. Sie ist vollständig hausgemacht.“ (FAS vom 9. Juni 2002). Die gewaltigen Probleme werden nicht gelöst, indem man nur die Verwaltung der Arbeitslosigkeit verbessert und die Arbeitslosenstatistik schönt. Kommissionen ersetzen nicht fehlenden Mut zu politischen Reformen. Hauptproblem ist nicht die Vermittlung von Arbeitslosen, sondern der Mangel an Arbeitsplätzen. Die nötigen Millionen neuer Arbeitsplätze entstehen nicht, wenn man weiter nur an den Symptomen der Arbeitslosigkeit herumdoktert. Es ist höchste Zeit, endlich an den Ursachen anzusetzen!

Es ist daher eine „Offensive 2002 – Aufschwung für Arbeit“ notwendig, die mit Mut und Tatkraft die Rahmenbedingungen für mehr wirtschaftliche Dynamik und höheres Wirtschaftswachstum schafft. Nur so entstehen neue Arbeitsplätze.

II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf, nachfolgende Initiativen umzusetzen:

1. Initiative für mehr Freiheit und soziale Marktwirtschaft

- Den Menschen und den Betrieben muss netto mehr in den Taschen bleiben! Damit wird die Investitions- und Innovationskraft der Wirtschaft und die Kaufkraft der Bürger gestärkt. Leistung muss sich wieder lohnen. Als Einstieg in das Programm zum umfassenden Abbau von Steuern und Abgaben „3 mal 40“ muss die von der Bundesregierung beschlossene letzte Stufe der Ökosteuererhöhung rückgängig gemacht werden. So haben Wirtschaft und Verbraucher pro Jahr über 3 Mrd. Euro zusätzlich zur Verfügung.
- Es muss umgehend mit den Arbeiten an einer großen Steuerreform begonnen werden, um bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode den Eingangstarif unter 15 % und den Einkommensteuerspitzensatz unter 40 % zu drücken und ein einfacheres, verständlicheres und vor allem faires Steuerrecht zu schaffen. Damit werden alle Steuerzahler entlastet. Zum 1. Januar 2003 wird bereits der Eingangssteuersatz auf 17 % und der Spitzensteuersatz auf 47 % gesenkt.

- Die Beitragssätze zur Sozialversicherung sind zu senken und mittelfristig dauerhaft auf unter 40 % zu begrenzen.
- Die Staatsquote, also der Anteil der gesamtwirtschaftlichen Leistung aller Bürger, der über den Staat umverteilt wird, muss langfristig auf unter 40 % gesenkt werden. Dazu muss der Zuwachs der Staatsausgaben über Jahre hinaus hinter dem Wirtschaftswachstum zurückbleiben.
- Die Investitionsquote des Bundes muss schrittweise auf 12 % angehoben werden. Der ausgeglichene Haushalt muss mit dem Ziel möglichst hoher Investitionen verknüpft werden. Die Bundesregierung hat die Reduzierung der Nettoneuverschuldung mit einer deutlichen Rückführung der Investitionsquote auf nur noch 10,1 % im Jahr 2002 erkauft und damit Wirtschaft und Arbeitsmarkt schweren Schaden zugefügt.

2. Initiative für mehr Wachstum im Mittelstand

- Der Mittelstand muss wieder Motor des Wachstums werden. Von 1980 bis 2000 hat der Mittelstand in Deutschland 2,9 Millionen Stellen geschaffen, während die Großunternehmen rund 1 Million Stellen abgebaut haben. Die Politik der Bundesregierung in dieser Legislaturperiode war einseitig auf Großunternehmen und Gewerkschaften ausgerichtet – auf Kosten des Mittelstands in Deutschland. Damit neue Arbeitsplätze entstehen, müssen als Sofortmaßnahme im Vorgriff auf die große Steuerreform die Investitionsfähigkeit und -bereitschaft kleinerer und mittlerer Unternehmen gezielt gestärkt werden: Die Wertgrenze für sofort abschreibungsfähige Wirtschaftsgüter (geringwertige Wirtschaftsgüter) muss von bisher 410 Euro auf 800 Euro angehoben werden. Die Eigenkapital- und Liquiditätssituation des Mittelstandes muss durch Verbesserungen bei der Ansparrücklage gefördert werden.
- Der Zugang mittelständischer Unternehmen zu Fremdfinanzierung muss ebenso erleichtert werden wie den Betrieben höhere Eigenkapitalquoten zu ermöglichen sind. Die Förderbanken des Bundes Deutsche Ausgleichsbank (DtA) und Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) müssen die Mittelstandsförderung in den kommenden Jahren deutlich verstärken, damit sich auch die Hausbanken wieder stärker engagieren. Die neuen Bankenrichtlinien für die Eigenkapitalunterlegung von Krediten an Unternehmen („Basel II“) stellen die Kreditversorgung des Mittelstandes auf neue Füße. Bei der Umsetzung der Richtlinien in EU-Recht darf es nicht zu einer Benachteiligung des Mittelstandes kommen.
- Die Investitionskraft der Kommunen muss gestärkt werden, indem bereits zum 1. Januar 2003 die Gewerbesteuerumlage auf das Niveau vor der rot-grünen Steuerreform gesenkt wird. Damit erhalten die Gemeinden jedes Jahr zusätzliche Mittel von über 2 Mrd. Euro für Investitionen, was besonders Handwerk und Mittelstand zu Gute kommt.
- Die Bauwirtschaft muss stabilisiert werden. Dazu wird eine Wiederheranführung der weitgehend zum Erliegen gekommenen Anlage- und Investitionsbereitschaft in den Wohnungsneubau an den mittelfristig prognostizieren Wohnungsbedarf wesentlich beitragen. Dazu wird es notwendig sein, eine Reihe von steuerlichen Rahmenbedingungen, die sich negativ auf den Wohnungsbau ausgewirkt haben, wieder rückgängig zu machen. Die Förderung des selbst genutzten Wohneigentums ist zu stärken, familienfreundlicher zu gestalten und als Beitrag zur Stärkung der privaten Altersvorsorge praxistauglich und effizient auszugestalten.
- Die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Güteverkehrsgewerbes muss gestärkt werden. Die Einnahmen aus der LKW-Maut müssen nach Abzug der

Systemkosten und des Harmonisierungsvolumens in den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investiert werden.

- Im Interesse eines effizienten Klimaschutzes muss in Zeiten von Überkapazitäten am Strommarkt in Deutschland der Fokus der Anstrengungen auch stärker auf den Wärmemarkt gerichtet werden. Auf nationaler Ebene liegen die größten CO_2-Einsparpotenziale kurz- bis mittelfristig in der Erzeugung und Nutzung von Wärme, insbesondere in der energetischen Sanierung von Gebäuden. Neben Wärmeschutzmaßnahmen ist die Heizungsmodernisierung eine effiziente Option, kurzfristig Einsparpotenziale zu erschließen. Fast die Hälfte der Anlagen sind bereits älter als 10 Jahre und 30 % älter als 18 Jahre. Ein entsprechendes Maßnahmenbündel im Wärmemarkt – bestehend aus steuerlichen Anreizen, Vereinfachung von KfW-Programmen und Energieeinsparverordnung sowie flankierenden Maßnahmen im Mietrecht und in der Aus- und Fortbildung für Planung und Bautechnik – das sich beim Einsatz öffentlicher Mittel am Höchstmaß der Fördereffizienz (CO_2-Minderung und Energieeinsparung pro eingesetzter Euro Förderung) orientieren muss, schafft Beschäftigung vor Ort in einem zentralen Bereich des Mittelstandes. Es ist darüber hinaus ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung der Schwarzarbeit.

3. Initiative zur Bürokratiebefreiung

- Unser Staat muss entscheidungsfreudiger und schneller werden, damit wirtschaftliche Dynamik und unternehmerische Initiative den dringend nötigen Freiraum erhalten. Vor allem der Mittelstand resigniert zunehmend.
- Es muss eine Task-Force zur Modernisierung und Bürokratiebefreiung eingerichtet werden, die mit Experten und Politikern besetzt sein und ein umfassendes Konzept zur Bürokratiebefreiung erarbeiten soll. Nach zwei Monaten soll die Task-Force einen Zwischenbericht geben und erste Handlungsvorschläge zur Bürokratiebefreiung vorlegen. Eine Petitionsstelle soll dafür sorgen, dass Vorschläge und Anregungen nicht nur von großen Organisationen, sondern auch von betroffenen Bürgern ausgewertet und in die Arbeit eingebracht werden.
- Die Task-Force Bürokratiebefreiung soll nach Abschluss ihrer Arbeit in einen „Bürokratie-TÜV“ überführt werden, der die ständige Aufgabe hat, eine strenge Evaluierung der Gesetzesfolgen vorzunehmen und bestehende Vorschriften in engen zeitlichen Abständen zu überprüfen.
- Gesetze und Vorschriften, die Bürger und Wirtschaft mit hohem Aufwand belasten, sollen vermehrt zeitlich befristet werden (Gesetze mit Verfallsdatum), um ihre regelmäßige Überprüfung sicherzustellen.
- Das die Wirtschaft einengende Gesetzes-, Verordnungs- und Richtliniengeflecht, für das die Riester-Rente und das 325,– Euro (630-Mark) Bürokratiemonster abschreckende Beispiele sind, müssen konsequent durchforstet, nachhaltig ausgedünnt und radikal vereinfacht werden. Die Beweislast muss künftig der haben, der neue Vorschriften fordert, nicht nur der, der sie vereinfachen und abschaffen will.
- Die bislang unvermeidbaren „Behördengänge“ sollen künftig so weit wie möglich von zu Hause oder vom Büro aus erledigt werden können. Die Gemeinden, Städte und Landkreise müssen unterstützt werden, auch in ihrem Verantwortungsbereich das wirtschafts- und bürgerfreundliche E-Government umfassend einzusetzen.
- Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden müssen wieder klar getrennt werden, den Ländern mehr Entscheidungsfreiheit eingeräumt und dafür gesorgt werden, dass die jeweilige staat-

liche Ebene ihre Kernaufgaben wieder besser erfüllen kann – die innere und äußere Sicherheit, ein leistungsfähiges Schul- und Hochschulsystem, eine hochmoderne Infrastruktur, ein zukunftsfestes Sozialsystem.

4. Initiative für Unternehmensgründung

- Deutschland liegt beim „Gründerklima“ im Staatenvergleich auf einem blamablen 22. Platz. Die Gründung neuer Existenzen muss vorangetrieben werden und eine neue Gründerwelle in Deutschland auslösen. Dies ist angesichts von 40 000 Unternehmenspleiten im Jahr 2002 unerlässlich. Jeder Existenzgründer schafft im Schnitt etwa drei neue Arbeitsplätze. Wenn die Selbständigenquote von heute 9,9 % um nur 0,1 Prozentpunkte gesteigert wird, könnten damit über 100 000 neue Arbeitsplätze entstehen.
- Um dieses Ziel möglichst schnell zu erreichen, muss das so genannte Scheinselbständigkeitsgesetz aufgehoben werden. Es hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Gründerwelle der neunziger Jahre zusammengebrochen und die Zahl neu entstandener Betriebe in Deutschland seit 1998 um 27 % zurückgegangen ist.
- Alle Existenzgründer in Deutschland sollen über das Internet Zugriff auf ein GründerInfoNetz haben, in dem sie sich über die Fördereinrichtungen von Bund, Ländern und Kommunen, die Infrastrukturen für Gründer, aber auch über die Beratungs- und Hilfsmöglichkeiten durch Business Angels oder Senior Advisors informieren können. Das GründerInfoNetz soll die Grundlage für ein deutschlandweites Benchmarking der Gründerförderung sein.
- Die Unternehmungsgründungen in Deutschland müssen deutlich leichter gemacht werden. Der bürokratische Aufwand, dem sich die Unternehmensgründer in Deutschland gegenüber sehen, ist im internationalen Vergleich ein echter Wettbewerbsnachteil. Ziel muss es sein, in den kommenden vier Jahren beim zeitlichen und finanziellen Aufwand den Abstand zur Weltspitze zu halbieren.
- Bei jungen Menschen muss die Neugier und Bereitschaft geweckt werden, selbst unternehmerisch tätig zu werden – durch Ergänzung des Informations- und Unterrichtsangebots an Schulen und Hochschulen, durch Vorträge von Unternehmen und Wirtschaftsfachleuten durch Betriebsbesuche und durch Junior-Wettbewerbe für die Einübung von Selbständigkeit an den Schulen.

5. Initiative High-Tech-Standort Deutschland

- Bei der Hochschulreform muss im Interesse von mehr Leistung der Wettbewerb verstärkt werden. Hochschulen, die sich profilieren sollen, brauchen größere Entscheidungsspielräume. Die Kompetenzen der Länder müssen durch eine weitere Entrümplung des Hochschulrahmengesetzes gestärkt werden.
- Um die technologische Leistungsfähigkeit Deutschlands zu stärken, müssen bereits im Bundeshaushalt 2003 durch Umschichtungen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass für Zukunftstechnologien mehr Mittel zur Verfügung stehen. Die Entwicklung von High-Tech-Produkten auf breiter Front (Information und Kommunikation, Gen- und Biotechnologie, Bionik, Opto-Elektronik, Neue Materialien, Nanotechnologie, Luft- und Raumfahrt, Umweltwissenschaften, Medizintechnik, Mechatronik) und ihre schnelle und breite Anwendung in allen Bereichen der Wirtschaft – in Handwerk, Industrie und Dienstleistungsgewerbe – ist die Voraussetzung dafür, dass wieder zukunftsfähige Arbeitsplätze in Deutschland entstehen. Dabei ist vorrangig die noch völlig unterentwickelte Industrieforschung in den neuen

Bundesländern zu stärken. Vorbild für die verstärkte Hochtechnologieförderung ist der erfolgreiche BioRegio-Wettbewerb.

- Mit Wirtschaft und Wissenschaft muss der Aufbau eines umfassenden Informationsnetzes über das Internet vorangetrieben werden, mit dem Hochschulen, Forschungs- und Technologietransferseinrichtungen miteinander verbunden werden. Das hilft gerade dem Mittelstand, der oft nicht in der Lage ist, eigene Forschungs- und Entwicklungskapazitäten aufzubauen.
- In Deutschland muss erprobt und angewandt werden, was bei uns entwickelt wurde. Zum Beispiel muss dafür gesorgt werden, dass die Nutzung des schnellen Massentransportsystems Transrapid in Deutschland nicht allein unter kurzfristigen Rentabilitätsaspekten, sondern auch als wichtiges Referenzobjekt deutscher Ingenieurleistungen bewertet wird.
- Die deutsche und europäische Forschungsförderpolitik muss stärker vernetzt werden. Angesichts der Globalisierung gilt es, ganz Europa zu einem starken und schlagkräftigen Forschungs- und Innovationsraum zu entwickeln. Die deutsche Forschungspolitik muss Motor der Entwicklung eines europäischen Forschungs- und Innovationsnetzes werden. Ein erster Schwerpunkt wird dabei das endlich anlaufende Galileo-Projekt sein, mit dem die Europäer ein vom amerikanischen GPS unabhängiges satellitengestützes Navigationssystem schaffen mit einem riesigen Nutzungspotenzial, zum Beispiel bei der Verkehrslenkung und Logistik.
- Die Präsenz des High-Tech-Standorts Deutschland im Ausland muss verstärkt werden. Dazu soll mindestens jedes zweite Jahr eine deutsche Leistungsschau im Ausland durchgeführt werden. Spätestens in zwei Jahren wird die erste Leistungsschau in Shanghai stattfinden, der derzeit dynamischsten Wachstumsregion der Welt.

6. Initiative Flexibler Arbeitsmarkt

- Die Verkrustung des deutschen Arbeitsmarkts muss beseitigt und mit neuen Konzepten Bewegung und Flexibilität geschaffen werden.
- Auch kleine Jobs müssen sich lohnen: Statt die Schwarzarbeit auf niedrigstem Niveau zu Lasten der sozialen Sicherungssysteme zu legalisieren, muss der Niedriglohnbereich attraktiv gemacht werden. Mit dem „Drei-Säulen-Modell“ wird die 325-Euro-Grenze für Geringverdiener auf 400 Euro angehoben, die Belastung mit Sozialversicherungsbeiträgen wird gestrichen und eine Pauschalsteuer von 20 %, die der Arbeitgeber trägt, eingeführt. Für Arbeitnehmer, die zwischen 401 Euro und 800 Euro verdienen, werden die Sozialversicherungsbeiträge gesenkt. Arbeitslose, die eine Arbeit annehmen, mit der sie weniger verdienen als mit den bisherigen sozialen Leistungen, erhalten als Anreiz einen Aufstockungsbetrag. Dieses Konzept kann bereits 2003 in Kraft treten.
- Es muss der Grundsatz gelten: Wer arbeitet, muss mehr verdienen als wenn er nicht arbeitet. Sozialhilfe ist eine zweite Chance – sie darf kein Lebensstil sein! Arbeitslose müssen sich ernsthaft und nachprüfbar um Arbeit bemühen, sich weiterqualifizieren oder gemeinnützige Arbeit leisten. Wer dazu nicht bereit ist, erhält nur noch gekürzte Leistungen. Die Zumutbarkeitsregeln müssen verschärft und die Beweislast umgekehrt werden. Arbeitslose müssen gefördert aber auch gefordert werden.
- Es muss auch die Schaffung regulärerer Arbeitsplätze in privaten Haushalten gefördert werden. Die attraktive Gestaltung des Niedriglohnsektors wird hierzu ebenso einen Beitrag leisten wie die steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten zwischen 1000 Euro und 5000 Euro jährlich pro Kind ab 2003 und die stufenweise Einführung eines Familiengeldes ab 2004.

- Alle Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik müssen auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden. Das gilt auch für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die vor allem in Bereichen mit guter Arbeitsmarktlage zurückgefahren werden können.
- Vermittlung, Betreuung und Qualifizierung von Arbeitslosen müssen aus einer Hand kommen: Für alle Arbeitssuchenden und alle Arbeitsanbieter gibt es künftig nur mehr eine Anlaufstelle: die JobCenter, die Mittel der aktiven Arbeitsförderung erhalten. Dazu müssen auch Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengeführt werden. Die Finanzierung dieser Einrichtungen darf nicht zu Lasten der Länder und Kommunen gehen.
- Für Unternehmen und private Zeitarbeitsfirmen müssen mehr Möglichkeiten für Leiharbeit geschaffen werden. Die Beschränkung für befristete Arbeitsverträge zwischen Leiharbeitnehmer und Verleiher müssen abgeschafft, die Höchstdauer der Überlassung eines Leiharbeitnehmers an denselben Entleiher um 12 auf 36 Monate erweitert und das Synchronisationsverbot aufgehoben werden. Daneben soll die Leiharbeit in gemeinnütziger Trägerschaft an Brennpunkten der Arbeitslosigkeit gezielt gefördert werden. Eine Übernahme von Arbeitslosen in öffentliche Leiharbeit zur statistischen Verdrängung von Arbeitslosigkeit darf es nicht geben.
- Der generelle Rechtsanspruch auf Teilzeit muss auf Zeiten der Kindererziehung und Pflege begrenzt und die Möglichkeiten für die Befristung von Arbeitsverhältnissen erweitert werden.
- Statt die über 55-Jährigen aus dem Arbeitsmarkt auszugrenzen, müssen diese mit gezielter Weiterbildung und Qualifizierung gefördert werden. Wenn die Gesellschaft altert, kann die Belegschaft nicht immer jünger werden. Das tatsächliche Renteneintrittsalter muss sich wieder stärker dem gesetzlichen Renteneintrittsalter annähern. Um die Beschäftigungschancen von älteren Arbeitssuchenden zu verbessern, sollen sie bei Abschluss eines neuen Arbeitsvertrages die Möglichkeit erhalten, gegen eine vorab festgelegte Abfindung auf eine eventuelle Kündigungsklage zu verzichten. Es muss geprüft werden, ob durch eine Übertragung des Optionsmodells auf Langzeitarbeitslose auch für diese zusätzliche Chancen am Arbeitsmarkt entstehen.
- Eltern, die Familie und Erwerbstätigkeit miteinander vereinbaren wollen, müssen durch ein bedarfsgerechtes, vielfältiges Kinderbetreuungsangebot unterstützt werden. Die Unternehmen sind aufgefordert, technische Berufe verstärkt auch für Frauen zu öffnen und Fort- und Weiterbildungsangebote so zu gestalten, dass Frauen der Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert wird.
- Der Spielraum für betriebliche Bündnisse für Arbeit muss erweitert werden, um in Krisensituationen Arbeitsplätze vor dem Konkurs zu retten. Neben Lohn und Arbeitszeit müssen auch die Beschäftigungsaussichten in den Günstigkeitsvergleich einbezogen werden. Den Tarifparteien muss zur Sicherung der Tarifautonomie jedoch ein begründetes Einspruchsrecht bleiben.
- Gerade die für mittelständische Betriebe kostentreibenden Teile der Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes müssen zurückgenommen, das Mitbestimmungsverfahren schneller und effizienter gemacht und die Größe der Betriebsräte und die herabgesetzten Schwellenwerte für freigestellte Betriebsräte für künftige Wahlperioden überprüft werden.
- Die Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt muss zuverlässig und wirksam begrenzt und gesteuert und die Zuwanderung in die Arbeitslosigkeit bzw. Sozialhilfe verhindert werden. Angesichts von 4 Millionen Arbeitslosen besteht auf absehbare Zeit im Bereich der einfachqualifizierten Tätigkeiten kein Bedarf für weitere Zuwanderung.

7. Initiative Der Osten kommt in Schwung

- Noch in diesem Jahr kann mit einem kommunalen Investitionsprogramm im Umfang von einer Mrd. Euro dafür gesorgt werden, dass Städte und Landkreise im Osten wieder die dringend nötigen Arbeiten an Krankenhäusern, Schulen, Kindergärten, Sport- und Kultureinrichtungen leisten können. Damit wird zugleich vielen existenzbedrohten mittelständischen Unternehmen und Handwerkern geholfen. Die Handwerker wollen keine ruhige Hand, sondern Arbeit um ihre Hände zu bewegen!
- Darüber hinaus kann ein Sonderförderprogramm „Offensive Zukunft Ost“ aufgelegt werden, um mit einer weiteren Mrd. Euro Mittelstand, Existenzgründer und Innovationen in Ostdeutschland zu unterstützen. Existenzgründer benötigen in den ersten Jahren zur Verbesserung ihrer Kreditwürdigkeit erweiterte Möglichkeiten der öffentlichen Haftungsfreistellung und der privaten und öffentlichen Chancenkapitalfinanzierung. Im Rahmen dieser Offensive müssen auch zusätzliche Anreize für Investitionen von Unternehmen in Forschung und Entwicklung in Ostdeutschland gegeben werden.
- Im Rahmen der „Offensive Zukunft Ost“ müssen die Forschungsinfrastruktur und die Innovationspotenziale in Ostdeutschland gestärkt werden. Forschungseinrichtungen in den ostdeutschen Ländern müssen ebenso wie technologieorientierte Gründungen an Universitäten und Fachhochschulen gezielt gefördert und mit Chancenkapitalgebern und unternehmensnahen wissensbasierten Dienstleistern vernetzt werden. Auf diese Weise entstehen neue Cluster als Basis für die Wirtschaftsstrukturen der Zukunft.
- Damit ostdeutsche Unternehmen rascher und flexibler handeln können, muss bei der Bürokratiebefreiung in Ostdeutschland ein besonderer Schwerpunkt gesetzt werden. Durch Experimentier- und Öffnungsklauseln muss die Möglichkeit eröffnet werden, auf die spezifischen Herausforderungen in Ostdeutschland gezielte Antworten geben zu können. So muss, um den Aufbau von Unternehmen in der Gründungsphase zu erleichtern, für Existenzgründer in Ostdeutschland die Befristung von Arbeitsverhältnissen auf bis zu 4 Jahre generell ermöglicht, der Anspruch auf Teilzeit ausgesetzt und die Existenzgründer von statistischen Meldepflichten befreit werden. Außerdem muss die Geltung des Verkehrswegebeschleunigungsgesetzes in den ostdeutschen Ländern über 2004 hinaus verlängert werden.
- Die Liquidität der kleinen und mittleren Unternehmen muss durch eine Ausweitung der Ist-Besteuerung in der Umsatzsteuer auf Unternehmen bis zu 2,5 Mio. Euro Umsatz pro Jahr verbessert werden. Für Unternehmensgründer in Ostdeutschland sollen die Ertragssteuervorauszahlungen halbiert werden.
- Die Kfz-Steuer für gewerbliche Nutzfahrzeuge wird in Ostdeutschland für Existenzgründer auf die europaeinheitlichen Mindestsätze reduziert.
- Die absurde Situation, dass über finanzielle Zuwendungen – wie finanzielle Hilfen zur Förderungen der Mobilität – Abwanderung noch gefördert wird, muss dort abgeschafft werden, wo sie kontraproduktiv ist.

Die gezielten Maßnahmen, die 2002 und 2003 umgesetzt werden können, kosten 9 bis 10 Mrd. Euro, das sind rund 4 % des Bundeshaushalts (250 Mrd. Euro). Hinzu kommen rund 7 Mrd. Euro, weil wir die von der Bundesregierung durchgesetzten Steuererhöhungen zur Finanzierung der Hochwasserschäden rückgängig machen werden. Die von uns vorgesehene Verwendung von Bundesbankgewinnen führt zu einer Tilgungsstreckung beim Erblastentilgungsfonds und einer höheren Zinsbelastung für einen begrenzten Zeitraum. Dies kommt unser Land weniger teuer zu stehen als die Lösung der Bundesregierung (Steuererhöhungen). Die Maßnahmen von 9 bis 10 Mrd. Euro können wir so-

lide finanzieren durch die Rückflüsse aus der EU für nicht verbrauchte Strukturfondsmittel, durch die Privatisierung von Bundesbeteiligungen sowie durch Umschichtungen und Einsparungen im Bundeshaushalt. Einsparpotentiale bestehen auch bei der Bundesanstalt für Arbeit.

Die finanziellen Spielräume für die große Steuerreform und die Einführung des Familiengeldes, die ab 2004 in Stufen umgesetzt werden soll, wird mit der Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung sowie durch Strukturreformen der Sozialversicherungen Stück für Stück erarbeitet.

Berlin, den 11. September 2002

Horst Seehofer
Peter Rauen
Günter Nooke
Michael Glos
Karl-Josef Laumann
Matthias Wissmann
Maria Eichhorn
Dirk Fischer (Hamburg)
Ilse Aigner
Brigitte Baumeister
Renate Blank
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Dr. Wolfgang Bötsch
Klaus Brähmig
Georg Brunnhuber
Hubert Deittert
Albert Deß
Dr. Hansjürgen Doss
Rainer Eppelmann
Klaus Francke
Herbert Frankenhauser
Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen)
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
Erich G. Fritz
Norbert Geis
Georg Girisch
Peter Götz
Dr. Wolfgang Götzer
Kurt-Dieter Grill
Manfred Grund
Gerda Hasselfeldt
Hansgeorg Hauser (Rednitzhembach)
Manfred Heise
Ernst Hinsken
Klaus Hofbauer
Josef Hollerith
Siegfried Hornung
Dr.-Ing. Rainer Jork
Bartholomäus Kalb
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Ulrich Klinkert
Norbert Königshofen
Hartmut Koschyk
Rudolf Kraus
Dr. Hermann Kues
Werner Kuhn
Peter Letzgus
Eduard Lintner
Julius Louven
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Wolfgang Meckelburg
Dr. Michael Meister
Hans Michelbach
Dr. Gerd Müller
Claudia Nolte
Franz Obermeier
Friedhelm Ost
Eduard Oswald
Norbert Otto (Erfurt)
Dr. Peter Paziorek
Dr. Bernd Protzner
Hans Raidel
Dr. Peter Ramsauer
Christa Reichard (Dresden)
Katherina Reiche
Hans-Peter Repnik
Dr. Heinz Riesenhuber
Franz-Xaver Romer
Dr. Klaus Rose
Kurt J. Rossmanith
Dr. Christian Ruck
Hartmut Schauerte
Heinz Schemken
Karl-Heinz Scherhag
Dr. Gerhard Scheu
Christian Schmidt (Fürth)
Dr. Erika Schuchardt
Gerhard Schulz
Wilhelm Josef Sebastian
Marion Seib
Johannes Singhammer
Margarete Späte
Carl-Dieter Spranger
Dorothea Störr-Ritter
Andreas Storm
Max Straubinger
Matthäus Strebl
Dr. Hans-Peter Uhl
Dr. Theodor Waigel
Peter Weiß (Emmendingen)
Gerald Weiß (Groß-Gerau)
Dagmar Wöhrl
Aribert Wolf
Wolfgang Zeitlmann
Benno Zierer
Wolfgang Zöller
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333